

Pressemitteilung

AOK-Verwaltungsrat: „Ampel-Koalition muss ihre Versprechen für nachhaltige Reformen und stabile Kassenfinanzen endlich einlösen“

AOK NordWest erzielt positives Rechnungsergebnis für 2023 in Höhe von 50,2 Millionen Euro

Dortmund, 18.06.2024

Mit einem positiven Rechnungsergebnis in Höhe von 50,2 Millionen Euro hat die AOK NordWest das vergangene Geschäftsjahr 2023 abgeschlossen. Das stellte heute der AOK-Verwaltungsrat in seiner Sitzung in Dortmund fest. Damit setzt die AOK NordWest ihren Kurs einer erfolgreichen Geschäftspolitik mit stabilen Finanzen und mehr Wachstum fort: Insgesamt 59.000 neue Mitglieder entschieden sich im vergangenen Jahr für den Marktführer in Westfalen-Lippe und Schleswig-Holstein. Das Haushaltsvolumen der AOK NordWest betrug 2023 rund 12,5 Milliarden Euro. Hart ins Gericht ging der AOK-Verwaltungsrat mit der Ampelkoalition. „Stabil und verlässlich sollte die Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung finanziert werden. Doch aus diesem Versprechen der Ampel-Koalition wird offenbar nichts. Es fehlt weiterhin an nachhaltigen Finanzierungskonzepten. Statt die beitragszahlenden Versicherten und Arbeitgeber von versicherungsfremden Aufgaben zu entlasten, sollen diese weitere staatliche Aufgaben finanzieren“, sagte Lutz Schäffer, alternierender AOK-Verwaltungsratsvorsitzender und Versichertenvertreter.

Politik bringt GKV in finanzielle Schieflage

Die vor allem von der Politik verursachten Ausgabenausweitungen bringen die Finanzen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in eine Schieflage. „Die Einnahmen und Ausgaben müssen endlich wieder ins Gleichgewicht gebracht werden“, sagte **Johannes Heß, alternierender AOK-Verwaltungsratsvorsitzender und Arbeitgebervertreter**. Dafür braucht es nachhaltige Reformvorschläge für eine stabile, verlässliche und solidarische Finanzierung der GKV. Heß kritisierte

Seite 1 von 3

die aus seiner Sicht völlig unzureichende Zahlung aus dem Bundeshaushalt an die Krankenkassen für Bürgergeldempfänger. Sie deckt nur gut ein Drittel der tatsächlichen Kosten ab. Dabei geht es um mehr als neun Milliarden Euro im Jahr. „Hier werden originär staatliche Aufgaben auf die Beitragszahlenden abgewälzt, die dann über Beiträge und Steuern doppelt zur Kasse gebeten werden“, sagt Heß.

Beitragszahlende werden zur Kasse gebeten

Nach Auffassung von Lutz Schäffer werden die erheblichen Finanzierungsprobleme der GKV nicht gelöst, sondern immer wieder nur verschoben. „Der Krankenhaus-Transformationsfonds, die Aufhebung des Budgetdeckels für die Hausärzte und die Einführung von Geheimpreisen für neue Arzneimittel werden zusätzliche Kosten für die GKV in Milliardenhöhe verursachen. Anstatt wie im Koalitionsvertrag versprochen die Finanzierung nachhaltig zu sichern, will Bundesgesundheitsminister Lauterbach die Beitragszahlenden für seine Reformpläne zusätzlich zur Kasse bitten. Bei den entsprechenden Gesetzesvorhaben müssen im laufenden parlamentarischen Verfahren erhebliche Korrekturen erfolgen, sonst droht in 2025 eine deutliche Erhöhung des Beitragssatzes“, so Schäffer.

Strukturreformen kraftvoll voranbringen

Doch das allein wird aus Sicht des AOK-Verwaltungsrats nicht für dauerhaft stabile GKV-Finanzen reichen. „Die Politik ist außerdem gefordert, die geplanten und dringend notwendigen Strukturreformen im Gesundheitswesen kraftvoll voranzubringen. Wir denken hier vor allem an eine zukunftsorientierte Krankenhauslandschaft und Notfallversorgung sowie den Einstieg in eine sektorenübergreifende Versorgungsgestaltung“, sagte Schäffer.

Krankenhausreform nicht verwässern

Die Krankenhausreform auf Bundesebene sollte nach Auffassung des AOK-Verwaltungsrats in der aktuellen Diskussion zwischen Bund und Ländern in den wesentlichen Punkten wie Qualitätskriterien und Mindestvorhaltezahlen je Leistungsgruppe nicht weiter verwässert werden. „Die Leistungsstrukturen der Krankenhäuser müssen nach einheitlichen und verbindlichen Kriterien definiert werden und die Länder ihre Krankenhausplanung und Versorgungsaufträge konsequent daran ausrichten. Die im Krankenhaus behandelten Patientinnen und Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass sie im Bedarfsfall bestmöglich behandelt werden“, sagte Heß.

Liquiditätsengpässe in der Sozialen Pflegeversicherung

Dunkle Wolken ziehen auch in der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) auf. Der Anstieg der Pflegebedürftigen wird für neue Liquiditätsengpässe bei den Pflegekassen sorgen. Der GKV-Spitzenverband rechnet damit, dass die Beitragssätze im

nächsten Jahr bereits um mindestens 0,2 Beitragssatzpunkte ansteigen werden. „Um den Druck auf die Beitragssätze zu nehmen, muss der Bund auch die SPV von versicherungsfremden Leistungen entlasten. Dazu gehören die Finanzierung der Rentenversicherungsbeiträge von pflegenden Angehörigen in Höhe von jährlich rund vier Milliarden Euro, auskömmliche Pauschalen für Bürgergeldbeziehende und die noch rund 4,5 Milliarden offenen Mittel, mit denen die SPV in der Corona-Krise in Vorleistung getreten ist. Die Ampel-Koalition sollte sich auch hier an ihre Versprechen aus dem Koalitionsvertrag erinnern und endlich ihre eigenen Finanzierungsvorschläge umsetzen“, so Schäffer.

59.000 neue Mitglieder

Fast 59.000 neue Mitglieder entschieden sich im letzten Jahr für die größte gesetzliche Krankenkasse in Westfalen-Lippe und Schleswig-Holstein. AOK-Vorstandschef Tom Ackermann hob hervor, dass die AOK NordWest mit ihren stabilen Beiträgen und den vielen auch neuen exklusiven Mehrleistungen innerhalb des 500 Euro-Gesundheitsbudgets attraktiv für alle gesetzlich Krankenversicherten bleibe. „Wir garantieren unseren Versicherten weiterhin einen persönlichen Service vor Ort und moderne Lösungen für eine schnelle und mobile Kunden-Kommunikation“, so Ackermann.

Leistungsausgaben in 2023 erneut gestiegen

Insgesamt sind die Leistungsausgaben der AOK NordWest im Jahr 2023 je Versicherten um 2,78 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der größte Ausgabenblock bleibt die Krankenhausbehandlung mit rund 4,25 Milliarden Euro. Dahinter folgen Ausgaben für Arzneimittel mit 1,91 Milliarden Euro sowie die ambulante ärztliche Behandlung in Höhe von 1,67 Milliarden Euro. Das Haushaltsvolumen der AOK NordWest betrug in 2023 rund 12,5 Milliarden Euro.

AOK NordWest im Profil

Die AOK NordWest mit Sitz in Dortmund zählt zu den zehn größten gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland. Die rund 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten in den 86 AOK-Kundencentern rund 2,9 Millionen Versicherte, davon 2,3 Millionen in Westfalen-Lippe und 600.000 in Schleswig-Holstein. Das Haushaltsvolumen beläuft sich auf 12,5 Milliarden Euro. Über 95 Prozent der geplanten Ausgaben werden direkt in die Gesundheit der Versicherten investiert.